

Gespräch mit Ralf Stegner

»Die sozialdemokratische Vision ist aktueller denn je«

zur Sache

Mit ihren »Zehn Thesen für eine gerechte Gesellschaft« und dem Positionspapier »Mehr Gerechtigkeit wagen« hat sich die schleswig-holsteinische SPD klar positioniert. Im Gespräch mit Thomas Meyer erläutert Ralf Stegner, Landesvorsitzender und stellvertretender Bundesvorsitzender seiner Partei, wo die Defizite liegen, welche Wege aus der Misere führen könnten und wie die Sozialdemokratie dabei wieder in die Offensive kommt.

NG/FH: Es gibt seit Längerem in ganz Europa einen sehr auffälligen Widerspruch: In Umfragen äußern 80 % und mehr der Befragten, dass sie die sozialdemokratischen Grundwerte und Ziele befürworten. Trotzdem geraten überall die sozialdemokratischen Parteien mehr und mehr in die Defensive. Welche Ursachen sehen Sie für diese eigenartige Situation?

Ralf Stegner: Auch in Deutschland stimmen etwa drei Viertel der Bürger den Inhalten unserer Politik zu: gerechte Löhne, eine sichere Altersversorgung, eine vernünftige

Gesundheitsversorgung für alle, unsere Friedens- und Entspannungspolitik usw. In den Umfragen kommen wir aber nur auf ein Viertel Zustimmung oder weniger. Das hat einerseits mit den Erfolgen sozialdemokratischer Politik zu tun: Viele halten manches für erledigt, obwohl es mitnichten erledigt bzw. in Teilen heute sogar wieder gefährdet ist. Das betrifft den internationalen Frieden, globale Gerechtigkeitsfragen, die aktuelle Flüchtlingsbewegung; das betrifft die Frage nach guter Arbeit für alle Menschen, die davon auch leben können müssen, die Frage, wie wir kollektive Interessenvertretung in der digitalen Welt organisieren, wie wir verhindern, dass sich der Finanzkapitalismus überall durchsetzt. Und es betrifft die Frage, wie wir der ernsthaften Bedrohung unserer freiheitlichen, toleranten Demokratie von Rechts begegnen.

Auf der anderen Seite hat es auch mit uns selbst zu tun. Manch einer hat vergessen, dass er seinen eigenen Aufstieg sozialdemokratischer Bildungspolitik verdankt. Die Partei der Aufgestiegenen ist manchmal nicht mehr die Partei der Aufsteigerinnen und Aufsteiger. Wir müssen uns also ernsthaft fragen, mit welchem Recht wir unseren Kindern und Enkeln die Perspektiven versagen wollen, die wir selbst hatten.

NG/FH: In der Politik, der Zivilgesellschaft, sogar in der Wissenschaft macht sich Empörung über das wachsende Maß an Ungleichheit der Einkommen, der Vermögen, der Lebenschancen breit, und zwar weltweit. Müsste sich die Sozialdemokratie jetzt nicht an die Spitze der Debatte um eine konkrete Politik für ein ausreichendes, anständiges Maß an Gleichheit setzen?

Stegner: Ich wurde stark geprägt von der Diskussion um die »Zweiklassengesellschaft«, die man verhindern wollte. Heute haben wir diese Zweiklassengesellschaft, und das ist ein echtes Problem, denn: Ein erheblicher Teil der Menschen erwartet eigentlich nichts mehr von der Politik, nimmt sie als Teil von »denen da oben« wahr. Einerseits ist Deutschland ein Land, das Probleme hat, die sich ein Großteil der Welt wünschen würde. Andererseits gibt es auch innerhalb dieses Landes unanständigen Reichtum und unanständige Armut nebeneinander.

Hierzulande gibt es Kinderarmut, miserable Bedingungen für Alleinerziehende. Viele Menschen, die ihr Leben lang hart arbeiten, können im Alter ihren zum Teil bescheidenen Lebensstandard nicht halten. Wir nehmen es im 21. Jahrhundert hin, dass sich diese Ungleichheit massiv verstärkt. Kapital wird weniger besteuert als Arbeit, Briefkastenfirmen und Steueroasen helfen bei der Steuerumgehung. Ganz große Firmen zahlen gar keine Steuern. Wir lassen es zu, dass Menschen wegen ihres Geschlechtes, ihrer Religion, Herkunft oder sexuellen Orientierung benachteiligt werden. Wir lassen es zu, dass jemand mit 15, 16 Jahren arbeiten geht, viel länger arbeitet als ein Akademiker, ein deutlich geringeres Gehalt hat und dabei durchschnittlich zehn Jahre seiner Lebenserwartung einbüßt. Und wir lassen eine Zweiklassenmedizin zu, in der ein Arzt, der einen Besserverdienenden operiert, das Doppelte oder Dreifache von dem bekommt, was er bei einem Geringverdiener erhält.

Der einzige Unterschied bei den globalen Konflikten heute im Vergleich zum letzten Jahrhundert ist, dass man heute auf seinem Handy auch in Eritrea oder im Irak, in Afghanistan oder Syrien sehen kann, wie das Leben in Paris, Berlin oder London ist.

Wenn wir nicht lernen zu teilen, wird das unfassbar große Ausmaß globaler Ungleichheit dazu führen, dass wir Frieden und Wohlstand bei uns verlieren.

NG/FH: Mittlerweile gibt es eine Reihe von sozialdemokratischen Initiativen: Christian Kern, der neue SPÖ-Vorsitzende, hat z.B. in einer sehr überzeugenden Rede vor einigen Wochen für eine neue, vielleicht europaweite, sozialdemokratische Offensive geworben. Sigmar Gabriel hat in letzter Zeit sehr interessante neue Akzente gesetzt. Sie hatten in Schleswig-Holstein bereits vor einem Jahr einen Kongress mit dem Titel »Mehr Gerechtigkeit wagen« und das entsprechende Papier.

1983 hatte Ralf Dahrendorf die berühmte Diagnose gestellt, das sozialdemokratische Jahrhundert sei zu Ende. Die wichtigsten sozialdemokratischen Ziele seien alle erfüllt, die Partei also überflüssig geworden. Nun zeigt sich aber, sozusagen in einer Art stillen Revolution, dass ganz viel davon auf verschiedenen Gebieten zurückgedreht worden ist. Bei der Wirtschaftsdemokratie, der Sozialstaatssicherung, der Basisgleichheit, der Vermögens- und Einkommensgleichheit. Sie haben auch ein paar Punkte genannt. Ist es nicht langsam an der Zeit, zu sagen: Wir brauchen ein neues sozialdemokratisches Jahrhundert, allein schon um das Verlorengegangene wiederzugewinnen und darüber hinaus das zu machen, was liegengeblieben ist?

Stegner: Im Grunde genommen hatten wir einen richtigen Rollback. Der Zeitgeist der letzten Jahrzehnte lautete: liberalisieren, privatisieren, deregulieren. Das Wort »Gemeinwohl« ist förmlich zum Schimpfwort verkommen und der Egoismus wurde verherrlicht. Niemand sollte glauben, dass so etwas über Jahrzehnte folgenlos bleibt. Ich glaube, dass das zu einer massiven Erosion von Gemeinschaftsdenken und von all dem, was Sozialdemokratie ausmacht, geführt hat. Früher hieß es »Gemeinsam sind wir stärker«. Das Durchsetzen von gemeinschaftlichen Interessen stand im Zentrum, nicht das Durchsetzungsvermögen des Einzelnen.

Die sozialdemokratische Agenda hieß nie, wir sind zufrieden, wenn die Menschen nicht hungern müssen und irgendwie versorgt sind, zur Not mit Sozialtransfers abgefunden werden. Die sozialdemokratische Version hieß immer, jeder, der sich anstrengt, kann es zu etwas bringen. Diese Vision ist aktueller denn je, auch deswegen, weil die Geister der Vergangenheit zurückgekehrt sind: Nationalismus, Ressentiments usw. Die Taten der rechten Populisten sind ja ein Stück weit Antworten auf diese Erosion des Gemeinschaftsgefühls, nur eben gestrige und vorgestrige Antworten.

NG/FH: Gibt es mit Blick auf die verschiedenen Ungleichheiten einen zentralen Ansatzpunkt?

Stegner: Wir müssen uns um verschiedene Dimensionen von Gerechtigkeitsdefiziten gleichermaßen kümmern: Zur ersten Dimension gehören ganz praktische Gleichheits- und Gerechtigkeitsfragen, etwa die nach guter Arbeit, von der man leben kann, die nicht krank macht, für die Männer und Frauen gleich bezahlt werden, die ein Auskommen im Alter garantiert, die soziale Sicherung finanziert. Soziale Sicherung geht in Deutschland nur über gute Arbeit.

Dazu gehört auch das Thema Bildung einschließlich beruflicher Bildung, weil sie über die Lebenschancen entscheidet. Die Chance, einen besseren Abschluss zu machen als die eigenen Eltern, ist bei uns um ein Drittel geringer als im Schnitt der OECD-Staaten. Wenn wir daran nichts ändern, kommen wir an die großen Gerechtigkeitsfragen erst gar nicht ran. Die Situation ist in diesem Bereich eher schlechter als besser geworden.

Ein weiterer Teil betrifft die Stärkung der Familie, wobei Familie heute anders definiert werden muss. Familie ist da, wo Menschen füreinander dauerhaft Verantwortung übernehmen. Auf der einen Seite werden für frühkindliche Bildung hohe Gebühren erhoben, während auf der anderen Seite über eine Kindergelderhöhung von drei Euro diskutiert wird. Die kostet Milliarden und bringt nichts. Den Soli abzuschaffen kostet Milliarden, bringt den Normalverdienern aber nichts. Der Abbau der kalten Progression kostet Milliarden, bringt den Normalverdienern aber lediglich den Gegenwert von einer Schachtel Zigaretten.

Klar ist auch: Weg mit der Zweiklassenmedizin, her mit der paritätischen Bürgerversicherung. Da müsste die SPD sagen: Ohne so etwas beteiligen wir uns an keiner Bundesregierung mehr. Denn es ist doch eigentlich unfassbar und passt auch nicht in eine soziale Marktwirtschaft, dass die Arbeitnehmer die Zusatzrisiken wie Gesundheit und Pflege übernehmen, und nicht die Arbeitgeber. Ein weiterer wichtiger Teil betrifft die Rente. Nicht als Sozialleistung nach Kassenlage, sondern als Ertrag von Lebensleistung. Die Gesetzliche Rentenversicherung muss wieder so gestärkt werden, dass die strukturelle Benachteiligung derer, die lange arbeiten, viel weniger Geld verdienen und viel kürzer leben, jedenfalls soweit ausgeglichen wird, dass sie im Alter ihren Lebensstandard einigermaßen halten können. Übrigens sind besonders Frauen davon betroffen, weshalb das sehr viel mit dem zu tun hat, was ich über gute Arbeit gesagt habe.

Um das alles finanzieren zu können, kommt ein sechster Punkt dazu: Verteilungsgerechtigkeit in dem Sinne, dass die mit den höchsten Einkommen und Vermögen deutlich stärker beitragen müssen – Stichwort Steuergerechtigkeit.

Die Sozialdemokratie muss diese Fragen so zuspitzen, dass deutlich wird, wo der Unterschied zwischenhaltungsfragen und Alltagskompromissen ist. Sie muss einerseits die Vision einer neuen Gesellschaft entwerfen, gleichzeitig aber praktische Fortschritte im realen Leben der Menschen erzielen.

NG/FH: Die vielleicht skandalösesten Ungleichheiten, die in der letzten Zeit auch in wissenschaftlichen Studien zunehmend thematisiert werden, bestehen ja nicht mehr bei denjenigen, die ihre Leistung bringen, die diesen Kapitalismus in Gang halten. Die Hauptprofiteure sind zum einen die Erben, die keinen produktiven Beitrag zum Ganzen leisten. Man spricht hier vom Patrimonial- oder Feudalkapitalismus.

Die anderen sind die Manager, die sich ihre Gehälter sozusagen selbst festsetzen können, weil die Machtstrukturen es erlauben. Zwischen deren obszönen Gehältern und den Durchschnittsgehältern bestehen ja mittlerweile krasse Differenzen. In diesem Zusammenhang wurde darüber diskutiert, eine Höchstgrenze für das Verhältnis zwischen Spitzen- und Durchschnittseinkommen festzusetzen.

In beiden Fällen könnte es entsprechende steuerliche Regelungen geben. Sind diese Themen auf dem Schirm sozialdemokratischer Debatten?

Stegner: Absolut. Beim Thema Steuer geht es ja nicht darum, den Menschen das Geld aus der Tasche zu ziehen. Es ist auch eine Art sozialer Patriotismus und nicht Neid, wenn man dafür sorgt, dass wir nicht nur unanständige Armut beseitigen, sondern auch unanständigen Reichtum nicht hinnehmen können. Und hier sind die Steuern ein zentrales Mittel. Leistungsloser Zugewinn muss besteuert werden. Nur so können wir einen handlungsfähigen Staat finanzieren, der sich z.B. um bessere Bildung, Rentensicherung und Infrastruktur kümmert – das ist ein wenig auf der Strecke geblieben.

Eine weitere Dimension von Gerechtigkeitsdefiziten betrifft die strukturelle Benachteiligung einzelner gesellschaftlicher Gruppen: Die Sozialdemokratie ist mal angetreten, um die Benachteiligung der Arbeiterklasse zu überwinden. Heute hat sich diese Benachteiligung strukturell ausgedehnt und betrifft eben nicht nur Menschen, die in prekärer Beschäftigung sind, sondern sie betrifft etwa Menschen, die eine andere Herkunft haben; behandelt Frauen immer noch schlechter als Männer, was man kaum glauben kann; behandelt Menschen, die ein Handicap haben oder eine andere sexuelle Orientierung, strukturell schlechter. Das heißt immer mehr Menschen fühlen sich in dieser Gesellschaft nicht aufgehoben. Diese Benachteiligungen zu überwinden, ist Aufgabe für eine moderne Sozialdemokratie. Wir reden dabei nicht über Minderheitenpolitik, wir reden über Vielfalt statt Einfalt.

Damit verbunden ist der Widerstand gegen Rechtspopulismus, der eine große Gefahr darstellt. In der Geschichte der Menschheit hat man immer mal wieder versucht, die, denen es nicht besonders gut geht, gegen die, denen es mutmaßlich noch schlechter geht, auszuspielen. Der Angriff auf die freiheitliche Demokratie kommt wieder von rechts und muss zurückgewiesen werden.

Damit ist eine weitere Dimension von Gerechtigkeitsdefiziten untrennbar verbunden. In unserer heutigen globalisierten Welt muss die Sozialdemokratie die leidenschaftliche Vorkämpferin für ein soziales Europa sein, das eben nicht eine Wirtschafts- und Währungsunion ist, sondern das für gemeinsame Werte streitet und eine gemeinsame Friedenspolitik betreibt – auch der Frieden ist ja wieder bedroht. Eine Renaissance sozialdemokratischer Entspannungspolitik ist wichtiger denn je. Und: Dieses Europa ist immer noch der Kontinent, wo es den Menschen relativ gesehen am besten geht. Das wird nicht so bleiben, wenn wir globale Ungerechtigkeit nicht bekämpfen.

NG/FH: Die Sozialdemokraten haben über 100 Jahre für soziale Rechte gekämpft. Seit 1966 sind die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Grundrechte in einem Internationalen Pakt sehr detailliert formuliert. Die wären doch ein sehr weitgehendes egalitäres sozialdemokratisches Programm. In der Debatte spielen die aber gar keine Rolle, obwohl sie aus zwei Gründen doch sehr wichtig sind: Zum einen wären die Ängste geringer, wenn die Leute wüssten, dass sie soziale Rechte etwa auf kostenlose Bildung oder auf eine angemessene Gesundheitsversorgung haben.

Und es wäre auch international ein wunderbarer Ansatzpunkt. Ein definiertes Mindestmaß an Rechten, ein möglichst hoher Gleichheitssockel gilt europa-, vielleicht sogar weltweit, abhängig davon wie die Lage in den Ländern ist. Der Sozial-

demokratie wird ja vorgeworfen, das Thema zu verpassen. Das sei das Versagen der Linken. Warum spielen diese sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte überhaupt keine Rolle mehr?

Stegner: Das hat zum Teil etwas damit zu tun, dass der Virus Egoismus auch in unsere eigenen Reihen eingedrungen ist und die eigene Aufstiegserfahrung ein bisschen die Sensibilität dafür verdrängt hat auf die zu schauen, denen es nicht so gut geht.

Die politische Linke ist zudem zersplittert. Über die Gefahr von rechts könnte das eventuell überwunden werden, aber das ist nur eine Hoffnung. Vielleicht ist es auch nur die Bedrohung von außen, die wieder etwas mehr vereint, und nicht das gemeinsame, progressive Anliegen.

Hinzu kommt ein kultureller Unterschied. Die rot-grünen Sozialreformen haben der Sozialdemokratie nicht nur einen starken Rückgang der Mitgliederzahlen gebracht, sondern auch die Hälfte ihrer Wählerschaft gekostet. Sie haben auch eine Entfremdung befördert, die die Frage aufgeworfen hat, wie wichtig es uns ist, uns um die Abgehängten zu kümmern. Da hört man dann auch schon mal: »Ja klar sind wir für Integration von Flüchtlingskindern, aber müssen die jetzt in der Klasse meiner Tochter sitzen?« So formuliert das niemand, aber es steht in den Gesichtern geschrieben.

Ich glaube nicht, dass wir verdammt sind, einen internationalen Finanzkapitalismus zu akzeptieren, der keine Rücksichten mehr nimmt; dass wir verdammt sind, hier Lebensmittel wegzuschmeißen, während woanders Menschen verhungern; dass wir verdammt sind, Waffen in Kriegsgebiete und an Diktaturen zu liefern; dass wir verdammt sind zu einer Industriepolitik, die anderswo Umweltkatastrophen verursacht. Und ich bin überzeugt, dass man für diese Ideen auch junge Menschen gewinnen kann. Justin Trudeau in Kanada, Bernie Sanders in den USA, in Ansätzen auch Jeremy Corbyn in England, sie haben junge Leute für die sozialdemokratischen Parteien oder für progressive Ideen gewinnen können. Das ist eine große Chance für uns.

NG/FH: Nicht nur eine Reihe von Wissenschaftlern ist der Meinung, dass wir jetzt das Entstehen einer neuen großen Konfliktlinie in den europäischen Gesellschaften erleben, die identitätspolitische Konfliktlinie. Wenn man einen oberflächlichen Blick auf Europa wirft, scheint das ja auch in einigen Ländern so zu sein. Die Identitären, wie sie sich selbst nennen, gewinnen in einigen Ländern ein Viertel bis ein Drittel der Stimmen, viele davon ehemalige »Arbeiterwähler«. August Bebel hat ja den schönen Satz geprägt »Der Antisemitismus ist der Sozialismus der dummen Kerls.« Diese Leute wollen eigentlich was ganz anderes, als in ihrem Antisemitismus zum Ausdruck kommt. Die Mitglieder und Wähler der Sozialdemokratie zerfallen in die Kommunitaristen und die Kosmopoliten. Ist diese Konfliktlinie sinnvoll oder falsch konstruiert, von Dauer oder nur etwas Vorübergehendes? Sind die meisten nicht eher eine Mischung aus beidem, abhängig von den eigenen Erfahrungen?

Und an welcher Stelle bilden wir einen Cordon sanitaire? Schon gegenüber den AfD-Wählern? Wie geht die Sozialdemokratie mit diesem Problem um? Denn es kann sie ja zerreißen und bei Wahlen stark in die Defensive drücken.

Stegner: Ich glaube, dass hier der Spruch »In Gefahr und großer Not bringt der Mittelweg den Tod« passend ist. Manchmal muss man sich klar entscheiden. Wenn die Sozialdemokratie glaubt, ein bisschen rechte Stammtischpolitik machen zu können, dann gehen wir richtig unter. Das heißt nicht, dass man die sozialen Problemlagen ignoriert oder dass man verkennt, dass Menschen Ängste haben. Aber man muss unterscheiden zwischen berechtigten Ängsten und deren brandgefährlicher, nationalistischer und ressentimentgetriebener Ausbeutung.

Aber wie kommt man an die Leute ran? Wir müssen von einer eher technokratischen Politik und Kommunikation wegkommen und uns einer leidenschaftlichen zuwenden. Wir müssen uns wieder deutlich mit den Konservativen auseinandersetzen – hart, deutlich, klar. Wir dürfen nicht zulassen, dass die parlamentarische Demokratie kaputtgeredet oder -geschrieben wird. Die Schwierigkeit besteht darin, keine einfachen Antworten in der Sache zu geben, weil die fast immer falsch sind. Wir müssen uns jedoch einer Sprache bedienen, die auch Menschen verstehen, die nicht drei Tageszeitungen am Tag lesen. Die Konservativen versagen an der Stelle, übrigens auch, weil sie wie die CSU glauben, sie könnten am rechten Rand selbst punkten.

Integration ist harte Arbeit. Wenn man in einer pluralen Gesellschaft wie Deutschland dafür sorgen will, dass jeder die gleichen Chancen bekommt, heißt das eben auch, nicht zuzulassen, dass Menschen abgehängt werden. Das gilt europaweit. Wenn in einigen Ländern 40 % der Jugendlichen und mehr keine Arbeit haben, dann darf man sich nicht wundern, wenn sie sich gegen die Demokratie wenden.

Ewiggestrige Wähler brauchen keine Argumente, um rechts zu wählen. Sie sind in ihrer Wahlentscheidung festgelegt. Rechte Demagogen hingegen haben am Ende nur eine Chance bei Menschen, die keine Perspektive haben oder sich zumindest perspektivlos fühlen. Um diese Menschen müssen wir uns kümmern.

NG/FH: Sigmar Gabriel hat gesagt, der Kampf gegen Rechts wäre eine gute Plattform, um Mitte-Links zu vereinen. Wir befinden uns ja historisch in Europa in einer neuen Situation, die rechtspopulistischen Parteien sind nicht mehr nur Protestparteien, die greifen nach der Macht, überall.

Stegner: Ich glaube, wenn wir jetzt die Gefahr nicht begreifen, dann kann es buchstäblich zu spät sein. Wenn Rechtspopulisten zweistellig in den Bundestag einziehen, sind progressive Mehrheiten unmöglich.

Wir sollten uns aber von Umfragen lösen und leidenschaftlich für unsere Ziele kämpfen. Denn wenn uns wie eingangs erwähnt drei Viertel der Menschen inhaltlich zwar zustimmen, uns aber nur ein Viertel oder weniger wählen mag, dann muss das auch etwas mit Glaubwürdigkeit zu tun haben. Tun wir auch das, was wir sagen?

Diese Frage muss man übrigens auch international beantworten. Wo ist eigentlich die neue Sozialistische Internationale? Es gibt die Progressive Alliance, aber wo erhebt sie mal das Wort und sagt: Wir lassen uns unser Europa nicht vom Finanzkapital oder von Nationalisten von vorgestern zertrümmern. Das wird uns aber nicht mit ausschließlich alten Männern in Führungsgremien gelingen. Wir müssen wieder eine Leidenschaft bei jungen Leuten entfachen.